

Schnelle Abschiebung, schlimmer Verdacht



Im März vergangenen Jahres demonstrierten Flüchtlinge aus Guinea in Dortmund. Zu diesem Zeitpunkt fand in der ZAB die Sammelanhörung afrikanischer Flüchtlinge statt. Deren Ziel ist es, Menschen zu identifizieren, ihnen Papiere auszustellen, um sie dann abschieben zu können. (Bild: RR)

Kooperiert die Zentrale Ausländerbehörde Dortmund mit fragwürdigen Vertretern eines korrupten Staates, um afrikanische Flüchtlinge abschieben zu können? Das behaupten die Grünen. Sie werfen der ZAB vor, dubiose Identifizierungsmethoden in Kauf zu nehmen, um sich letztlich komfortabel eines Problems zu entledigen.

Anlass für die massiven Vorwürfe lieferte erneut eine Sammelanhörung afrikanischer Flüchtlinge. Durchgeführt von der ZAB für alle Flüchtlinge Nordrhein-

Westfalen und zwar in Braunschweig. "Weit weg vom Schuss. Man wollte wohl Demonstrationen vermeiden", vermutet Jürgen König vom Flüchtlingsrat NRW und erinnert an die Demos vieler Guineer im vergangenen Jahr in Dortmund.

Staatsanwaltschaft Dortmund ermittelt

Hintergrund war damals wie heute die Kritik an der Praxis für die Pass-Ersatz-Beschaffung. Vor gut einem Jahr hatte die ZAB eine Delegation von Beamten aus Guinea eingeladen. Ihre Aufgabe: Guineer identifizieren - aufgrund von Aussprache und Gesichtsform. "Somit sind Verwechslungen nicht ausgeschlossen. Außerdem wird kein Gespräch protokolliert", zweifelt König das Verfahren an.

Empörend finden er sowie die Dortmunder Grünen, dass letztlich Beamte einer Diktatur mit dieser Aufgabe beauftragt würden. "Die stellen die Papiere aus, die wissen dann, wen sie am Flughafen in Guinea abfangen und einsperren können." Folter und andere Repressalien seien vorprogrammiert. Das bestätigten sowohl Amnesty International als auch Human Rights Watch in ihren aktuellen Reporten. So berichtete Amnesty International unter anderem von Exekutionen, Folter, Vergewaltigungen von Gewerkschaftsmitgliedern, Regimekritikern und Demonstrationsteilnehmern in Guinea.

König sowie Stephan Gumbel und Ulrich Langhorst von den Grünen führen ihre Skepsis gegenüber der Delegation auf Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr zurück. Damals wurde der Delegationsleiter von Flüchtlingen beschuldigt, als Schleuser und Anstifter zur Prostitution aktiv gewesen zu sein. Erst habe er Landsleuten gegen teure Bezahlung eine Ausreise verschafft, um später den deutschen Behörden bei der Abschiebung behilflich zu sein. Seit gut einem Jahr ermittelt die Staatsanwaltschaft Dortmund gegen diesen Mann, der N´Faly Keita heißt.

Erst eingeschleust, dann identifiziert

Die Leitende Oberstaatsanwältin Dr. Ina Holznagel zum Stand der Dinge: "Jetzt wissen wir, dass dieser Mann den diplomatischen Status hat. Für Dinge, die er als Delegationsleiter gemacht hat, können wir ihn nicht belangen. Wir gehen dem Vorwurf nach, er sei Schleuser gewesen und habe Frauen zur Prostitution gezwungen". Das sei schwierig, nicht nur weil Keita in Guinea sei. "Sollten die Vorwürfe stimmen, haben wir es mit verängstigten Zeugen zu tun", so Holznagel.

Nach Angaben von Flüchtlingsrat und Grünen sei auch in diesem Jahr mindestens ein Mitglied der Delegation von zweifelhaftem Ruf: "Nach unseren Informationen soll er aus dem guineischen Sicherheitsministerium stammen und für seine Brutalität bekannt sein", teilt Stephan Gümbel, Kreisschatzmeister der Grünen Dortmund, mit. Er fordert ein Abschiebestopp der Flüchtlinge. Die zur Abschiebung erforderlichen Ersatz-Papiere seien unter Umständen erstellt worden, die nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun hätten.

Die ZAB weist die Vorwürfe zurück. Die Sammelanhörung habe in Braunschweig stattgefunden, weil Niedersachsen in diesem Jahr Veranstaltungsort gewesen sei. Auf die Delegation aus Guinea habe man keinen Einfluss: "Das Außenministerium in Guinea benennt die Teilnehmer. Die werden sie schon überprüft haben", so Friedhelm Weller, Chef der ZAB. Die Vorwürfe gegen Keita seien lediglich Vorwürfe, "bewiesen wurde nichts". Ortwin Schäfer, Leiter des Ordnungsamtes, erklärte, man halte sich streng an das Gesetz. Für Guinea habe das Innenministerium nunmal keinen Abschiebestopp verhängt.

09.08.2007 Von Silke Hock Westfälische Rundschau

Verfahren befristet ausgesetzt

HINTERGRUND

- Wegen massiver Vorwürfe gegen die Delegation aus Guinea hatte das Land Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerberinnen nach Guinea zunächst ausgesetzt.
- Die ZAB und das Auswärtige Amt hatten die staatliche Delegation im März 2006 nach Dortmund eingeladen. Den Gesandten wurden 321 afrikanische Flüchtlinge aus NRW und Süddeutschland zwei Wochen lang vorgeführt.
- Einige der so Identifizierten beschuldigten den Kopf der Delegation, Chef einer Schleuserbande gewesen und selbst von ihm illegal ins Land gebracht worden zu sein.
- Nach Angaben des Ordnungsamtsleiters Ortwin Schäfer, bewege sich die ZAB im Rahmen des Gesetzes.
- Als im Jahr zuvor eine ähnliche Truppe von der Ausländerbehörde Hamburg eingeladen wurde, distanzierte sich die guineische Botschaft von ihr.

(Bild: Völkel)